

Laibacher Zeitung.

Nr. 274. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11 halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50. Freitag, 27. November Insertionsgebühren bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl. 40 fr. pro Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr. 1868.

Mit 1. December
beginnt ein neues Abonnement auf die
„Laibacher Zeitung.“
Der Pränumerations-Preis beträgt für
die Zeit vom 1. bis Ende December 1868:
Im Comptoir offen — fl. 92 kr.
Im Comptoir unter Couvert 1 „ — „
Für Laibach ins Haus zugestellt 1 „ — „
Mit Post unter Schleifen 1 „ 25 „

Amtlicher Theil.
Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit
Allerhöchster Entschliessung vom 16. November d. J. den
Ehrendomherrn, fürstbischöflichen Consistorialrath und
Pfarrer der Hauptpfarre in Klagenfurt Maximilian
Wallner zum Domherrn des Domcapitels von Gurk
allergnädigst zu ernennen geruht. Sasner m. p.
Der Finanzminister hat die Kanzleiofficialen im
Finanzministerium Georg Wolf und Joseph Haber-
lein zu Hilfsämterdirectionsadjuncten ernannt.

Nichtamtlicher Theil.
Das Rothbuch.
Ueber die orientalische Frage

lassen wir das wichtigste folgen: In einer vom 8. April
1868 datirten Depesche an die österreichischen Gesandten
in Paris, London, Florenz, Berlin, Petersburg und
Constantinopel erwähnt Baron Veust eines Gerüchtes,
welchem zufolge General Ignatieff sich in Berlin im
Sinne der Vereinigung Kreta's mit Griechenland und
der Unabhängigkeit der verschiedenen christlichen Provin-
zen, welche unter dem Collectivschutze der Mächte eine
Conföderation bilden sollten, während Constantinopel
zu einer freien Stadt und zum Freihafen erklärt würde,
geäußert hätte. Der Reichskanzler erklärte hiezu, daß
General Ignatieff in d. n. Unterredungen, welche er mit
ihm während dessen Aufenthaltes in Wien gehabt, keine
Ausschüttung dieser Art gethan habe. Er habe sich in Be-
zug auf die orientalische Frage im allgemeinen darauf
beschränkt, zu versichern, daß die Eindrücke, welche er von
Petersburg mitbringe, zu glauben berechtigen, daß diese
Frage in eine beruhigendere Phase getreten sei. Was
die kretische Frage insbesondere anbelange, habe der rus-
sische Diplomat die Ansicht ausgesprochen, daß keine
Aussicht auf eine Unterdrückung der Insurrection vor-
handen sei, und daß diese auch die anderen Theile des
ottomanischen Reiches in Brand stecken werde. Der
Reichskanzler leugnete den Zusammenhang zwischen der
Situation der Candioten und den anderen christlichen
Unterthanen des Sultans. Würde aber Candien der otto-
manischen Herrschaft entzogen, so würde gerade ein sol-
ches Beispiel anstößend auf die anderen christlichen Be-
völkerungen wirken; dann aber wäre die Bewegung
nicht mehr eine moralische, sondern eine den Orient bis
auf den Grund durchwühlende materielle, aus welcher
eine allgemeine Conflagration entstehen könnte.
Am 7. Mai 1868 beauftragt der Reichskanzler den
Ritter v. Fußwald in Athen auf telegraphischem
Wege, er möge die griechische Regierung auf die sehr
ernsten Folgen aufmerksam machen, welche es hätte,
wenn sie die von den kretensischen Insurgenten gewählten
Deputirten ins griechische Parlament zuließe. — Der
griechische Minister erklärte jedoch, wie der Gesandtschafts-
secretär unter dem 10. Mai zurückschreibt, daß die Re-
gierung des Königs sich der Verwirklichung dieses Pro-
jectes aufs entschiedenste widersetzen werde.
In Bezug auf die Zurückbeförderung der
kretensischen Flüchtlinge in ihre Heimat noti-
ficirt der kais. Gesandtschaftssecretär in Athen dem Reichs-
kanzler, daß, nach einer Depesche Lord Stanley's an den
britischen Gesandten am griechischen Hofe, Rußland sich
geweigert habe, mit den Cabineten von Paris und Lon-
don in der obgenannten Angelegenheit gemeinsam vorzu-
gehen.
Am 5. März 1868 beauftragt der Reichskanzler
den kais. Internuntius in Constantinopel, bei der

Pfortenregierung die Einführung von Reformen im gan-
zen Reiche zu urgiren. Baron Veust bemerkt am Schlusse
seiner Depesche, wenn Oesterreich darauf dringt, daß die
Bevölkerung der Türkei sich der Reformen erfreue, auf
welche sie Anspruch habe, so geschehe dies darum, weil
dem Wiener Cabinete daran liege, daß die Türkei ihm
die Aufgabe, bei den anderen Höfen für sie das Wort
zu führen, erleichtern möge.
Baron Prokeß antwortet unterm 20. März 1868,
der Großvezier und Fuad Pascha haben ihm versichert,
daß der Gedanke der Pforte mit den ihr vom Reichs-
kanzler ertheilten Rathschlägen vollkommen übereinstimme,
und daß sie sehr dankbar dafür seien, daß die Depesche
des Reichskanzlers den Absichten des Sultans Gerechtig-
keit widerfahren lasse und so viel Rücksichten für die
Unabhängigkeit der Pforte bekunde, daß sie die weisen
Rathschläge Oesterreichs sich zum Programme nehmen
und sich bestreben werde, dieselben zur Ausführung zu
bringen.
Am 24. März telegraphirt Herr v. Veust dem
Internuntius:
„Schließen Sie sich den Schritten des französischen
und englischen Votschalters an, um die Pforte zu den
bereits durchgeführten Reformen zu beglückwünschen. Er-
muthigen Sie dieselbe gleichzeitig auf einem Wege fort-
zufahren, welchen wir ihr so warm empfohlen haben.“
Es folgt jetzt eine Reihe von Depeschen über die
serbische Angelegenheit. Gleich nach der Bel-
grader Katastrophe hatte Freiherr v. Veust in Paris,
London, Berlin und Florenz empfehlen lassen, daß sich
die garantirenden Höfe aller Einmischung in die serbi-
schen Landesangelegenheiten enthalten und in Constanti-
nopol ihre eventuelle Zustimmung zu der Wahl Milan
Obrenovich's erklären mögen.
Aus einer Depesche des Internuntius vom 16ten
Juni geht hervor, daß der erste Dolmetsch der russischen
Votschaft, General Bazuslawski, Fuad Pascha gefragt
hatte, ob die Pforte ihre Zustimmung zur Wahl des
Fürsten von Montenegro geben würde, falls die
Skupschina sich für ihn entschieden. Fuad Pascha er-
widerte, daß dieser Fall gesetzlich unmöglich wäre und
daß die Pforte die Wahl eines nicht eingeborenen Für-
sten nicht sanctioniren würde.
Die Depeschen in Betreff der Judenverfol-
gung in der Moldau enthalten wenig, was nicht
bereits bekannt wäre. Sie bestätigen den Eifer, mit
welchem der Reichskanzler in dieser nicht nur speciell
das Interesse österreichischer Unterthanen, sondern das
der Civilisation und der Menschlichkeit überhaupt berüh-
renden Angelegenheit vorgegangen ist, und ebenso die
vielsachen Tergiversationen der rumänischen Regierung
— nicht zu übersehen ist, daß Fürst Gortschakoff, wie
aus einer Depesche des Baron Brenner vom 3. Juni
hervorgeht, anfänglich die von der kaiserlichen Regierung
an die Bukarester Regierung gestellte Entschädigungs-
forderung nicht gleich den Cabineten von Paris und
London zu unterstützen gewillt schien.
Ueber die bulgarische Insurrection gibt
Freiherr v. Eder ddo. 6. Februar folgenden Aufschluß:
„Thatsächlich ist, daß sowohl in Bukarest als in
verschiedenen Uferstädten der Donau bulgarische Comitès
bestehen. Die Aufgabe, die sie sich gestellt, ist, Auf-
stände in Bulgarien hervorzurufen, sie zu unterstützen,
ihnen größere Verhältnisse als in vorigen Jahre zu ge-
ben. Daß unter den gegenwärtigen Umständen bewaff-
nete Banden in Bulgarien von den Fürstenthümern aus-
einfallen, ist nicht anzunehmen. Wahrscheinlich jedoch
ist, daß diese Comitès von hier aus einzelne Individuen
über die Donau senden, welche auf bulgarischem Boden,
nämlich im Gebirge, in Banden zusammenzutreten die
Bestimmung haben.
Vor nicht lange hielt man sich hier für überzeugt,
daß mit dem Eintreten der besseren Jahreszeit ernstliche
Verwickelungen im westlichen Europa ausbrechen, welche
Rußland gestatten würden, die Türkei mit Krieg zu
überziehen. In Voraussetzung jener Ereignisse wurden
Anstalten getroffen, um mit verstärktem Nachdruck auf
das Wiederauftreten des bulgarischen Aufstandes hinzu-
wirken. Auch die Regierung der Fürstenthümer, die
sich in Händen einer Partei befindet, zu deren Tradi-
tionen eine gegnerische Haltung Rußland gegenüber ge-
hört, begann zu dieser Macht hinzuneigen und vom ihr
die Verwirklichung ihrer Strebungen und Hoffnungen zu
erwarten. Diese Wandlung schien anfangs ebenso über-
raschend als unerklärlich.
Die Fürstenthümer liegen auf dem Wege Rußlands,
wenn es nach den eigentlich türkischen Staaten vordrin-

gen, wenn es den slavischen Glaubensgenossen im osma-
nischen Reiche die Hand reichen wollte. Die geogra-
phische Lage dieser Länder bringt es mit sich, daß die
j. g. Befreiungsrichtungen Rußlands den Beistand der
rumänischen Nationalität bedrohen, daß sie bei einer
Vorwärtsbewegung dieser Macht nach dem slavischen
Süden als erstes Opfer fallen müßte.
Da jedoch die gegenwärtige Regierungspartei nicht
nur nicht wünscht, daß sich die rumänische Nationalität
im russischen Reiche verliere, da sie im Gegentheile
sich eher mit weitreichenden Plänen trägt, welche diese
Nationalität zu befestigen und die Fürstenthümer über ihre
gegenwärtigen Grenzen zu erweitern hätten, scheinen alle
Anhaltspunkte einer Verständigung mit Rußland zu fehlen.
Das Bindemittel könnte nur in einer fremden Vermitt-
lung gefunden werden.
Die Oppositionsblätter bekämpften die russenfreund-
lichen Richtungen der Regierung. Sie machten ihr zum
Vorwurf, „daß sie im Einverständnis mit Preußen und
Rußland wirke, daß sie sich vorbereite, Oesterreich, welches
mit Frankreich Hand in Hand gehe, Verwickelungen zu
schaffen für den Fall eines Conflictes der letzteren Macht
mit Preußen.“ Diese Blätter heben hervor, daß das
Land nicht als Werkzeug einer preussischen oder russischen
Politik zu mißbrauchen sei, und wenn auch der Fürst
mit der preussischen Königsfamilie verwandt, man in
ihn das Vertrauen setze, daß er von dem Augenblicke,
als er Fürst der Fürstenthümer, Rumäne sei, nur ru-
mänisch fühle, nur rumänische Interessen veretrete. Auf
diese Angriffe antworteten die Regierungsblätter, daß die
nationale Partei keiner Macht gegenüber in principieller
Gegnerschaft sich befinde, und wenn Rußland die Sache
des Rechtes und der unterdrückten Nationalitäten ver-
träte, kein Grund vorhanden wäre, gegen diese Macht
anzukämpfen.
Zugewissen kamen friedliche Nachrichten aus dem
westlichen Europa. Sie brachten in nicht langer Zeit
einen nicht unbedeutenden Umschwung in der Haltung
der Regierung und ihrer Partei hervor. Die Berichte
Herrn D. Brottano's aus Wien, die Art und Weise,
wie man seine Vorschläge aufgenommen, die von der
k. k. Regierung in Aussicht gestellten Zugeständnisse
haben auch nicht wenig zur Aenderung dieser Haltung
beigetragen.
Um auf die bulgarischen Umtriebe zurückzukommen,
ist bei der gegenwärtig veränderten Sachlage nicht an-
zunehmen, daß die fürstliche Regierung dieselben jetzt
unterstütze und bewaffneten Banden gestatten werde, von
hier aus über die Donau zu setzen. Die Nachwirkun-
gen der früher gehegten Hoffnungen und Erwartungen,
der im Zusammenhange mit diesen ergriffenen Maß-
regeln werden sich jedoch voraussichtlich fühlbar machen.
Die Comitès werden ihre Thätigkeit fortsetzen; sie wer-
den der fürstlichen Regierung keinen Anhaltspunkt bieten,
gegen sie einzuschreiten, sie werden jedoch nicht unter-
lassen, unter der Hand, wenn auch mit weniger Nach-
druck, zu wirken, als wenn auswärtige Hilfe unmittel-
bar bevorstünde.“
Die Agitation steigerte sich; dennoch trat wieder
eine Pause ein, bis im Hochsommer neue Invasionen
versucht wurden. Der Internuntius berichtet darüber
ddo. 28. Juli an Baron Veust:
„Gestern waren alle Gesandten versammelt und
Fuad Pascha machte uns Mittheilungen über die bul-
garischen Angelegenheiten, indem er hervorhob, wie wich-
tig es für alle Mächte, welche den Frieden erhalten
wollen, sei, der moldo-wallachischen Regierung begreiflich
zu machen, daß sie denselben nicht durch ein illoyales
Vertragen gegenüber den Garantemächten compromittiren
dürfe. Gleichzeitig zählte er verschiedene Thatsachen auf,
welche auf ein Einverständnis der Bukarester Regierung
mit der Invasion bewaffneter Banden in Bulgarien
schließen lassen; die Ablehnung jeder derartigen Be-
wegung im letzten Winter und selbst gegenwärtig; die
Betheiligung von Deputirten und Beamten an den
revolutionären Comitès; die am hellen Tage sich voll-
ziehende Organisation von Banden auf wolachischem
Boden; der simulirte Verkauf von Hinterladungsgeweh-
ren an die Bandenführer; die Anfertigung von Uni-
formen in den dem Staate gehörenden Etablissements
selbst; die Oeffentlichkeit aller Vorbereitungen zur In-
vasion während der letzten Wochen und den Beginn der
Ausführung dieses Woddbrennerplanes durch die Ver-
einigung und Ueberschiffung der Banden des Hadji
Dimitri, ohne daß die Regierung die geringste Vorkehr-
ung ergriffen hätte, um diese Maßregel zu verhindern,
u. s. w. Er betonte die Nothwendigkeit einer ernsten

Untersuchung und bat uns, unsere Agenten gemeinsam hienmit zu beauftragen und unsere Regierungen zu veranlassen, daß sie in Bukarest die geeigneten Schritte machen, um die moldo-walachische Regierung auf der schiefen Ebene, auf der sie sich befindet, zurückzuhalten."

Ausgleich mit den Tschechen.

Die „Presse“ schreibt: Einer unserer bester Correspondenten meldet uns über einen angeblichen Ausgleich mit den Tschechen Folgendes:

„Die Rede, die Dr. Vanhans seinerzeit, als der Ausnahmezustand in Prag Gegenstand der Discussion war, im Abgeordnetenhaus gehalten, hat in Böhmen bei beiden Parteien nachhaltigen Eindruck hervorgerufen. Die Grund-Idee dieser Rede, daß endlich Friede und Versöhnung im Lande erreicht werden mögen, hat allenthalben großen Anklang gefunden und es fanden sich viele deutsche Abgeordnete, die sich geneigt zeigten, auf diesem Principe weiter zu bauen und wenn nöthig zu unterhandeln. Die Sache, die bis vor kurzem nicht weiter als höchstens zum Gedankenaustausch zwischen einigen Deputirten gediehen war, wurde wesentlich gefördert, als jüngst die Abgeordneten des Reichsraths in ihre Heimat zurückkehrten und einer der hervorragendsten deutschen Abgeordneten von einem Führer der Tschechen, wenn auch vorerst nur in leichtem Tone und ganz nebenbei, aufgefordert wurde, endlich denn doch einmal eine Annäherung zu versuchen, da der gegenwärtige Zustand in Böhmen auf die Dauer für beide Parteien unerträglich sei. Soweit soll vorderhand die Sache stehen, insofern die Abgeordneten dabei theilhaftig sind. Andererseits verlautet, daß auch die Regierung, von dem gleichen Bedürfnisse gedrängt, den Gedanken eines Ausgleichs erwägt, demzufolge Vertrauensmänner der Tschechen und der Deutschen mit einander conferiren und die Wünsche der Tschechen formuliren sollten. Wie es heißt, hätten die Tschechen, die von diesem Plane bereits unterrichtet sind, vor allem anderen verlangt, daß, noch bevor sie in Unterhandlung treten, eine Hoffanzlerschaft für die böhmische Krone creirt werde, ein Verlangen, welches jedoch mit dem Bedeuten zurückgewiesen worden, daß die Regierung sich durchaus kein Zugeständniß machen könne, und daß auch die Wünsche der Vertrauensmänner nur durch die verfassungsmäßige Zustimmung zur Sanction gelangen könnten. Gleichwohl sollen die Tschechen nicht abgeneigt sein, die Vertrauenscommission zu beschicken. In ungarischen Regierungskreisen soll man diese Wendung mit mißtrauischem Auge verfolgt und die Furcht ausgesprochen haben, ein solcher Schritt könnte leicht zum Föderalismus führen. Der Reichskanzler soll jedoch beschwichtigend erklärt haben, die ganze Zusammensetzung wie der Charakter des österreichischen Ministeriums lasse die Befürchtung vor weitgehenden Concessionen an den Föderalismus von vornherein grundlos erscheinen.“

Eisenbahn und Polizeigesetz.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Triester Ztg.“ einen längeren Artikel, welchen wir der Wichtigkeit des behandelten Gegenstandes halber hier vollinhaltlich reproduciren, ohne selbstverständlich für die Richtigkeit der darin angeführten Thatsachen eine Gewähr zu übernehmen:

„Das Unglück auf der Westbahn veranlaßt die Blätter zu allerlei Stoßseufzern; sie meinen, daß es doch endlich an der Zeit wäre, an ein Bahnpolizeigesetz zu denken, was eigentlich sagen will, daß dies schon längst hätte geschehen sollen. Man spricht aber nur von Repressivmaßregeln, die wohl zu wünschen sind, aber insofern nicht ausreichen, als durch dieselben Unglücksfälle nicht unmöglich gemacht werden. Dies kann nur durch gewisse Einrichtungen erreicht werden, die mehr technischer Natur sind; nur der bestimmte Befehl, daß diese auch vorhanden sein müssen, und die strengste Controle sind Polizeisache. Nachdem die Wiederholung so schrecklicher Ereignisse an dem guten Willen und der Humanität der Bahndirectionen wirklich zweifeln macht; nachdem alles bisher Veröffentlichte, jede Kritik, jeder wohlgemeinte Vorschlag an verstopfte Ohren gerichtet war: ist wohl der Schluß gerechtfertigt, daß man hier ohne energische Beschlüsse nichts ausrichten werde, und es ist unbegreiflich, daß man diesen wiederholten gräulichen Vernachlässigungen mit allem Gleichmuth zusehen und sich höchstens damit begnügen konnte, den Schuldtragenden zu bestrafen.“

Scheint es doch, daß die Bediensteten nicht einmal einen Unterricht oder eine Instruction von der Direction erhalten, was sie in solchen Fällen zu thun haben, denn es ist kaum erklärlich, daß der bei Horowitz im Schnee steckende Zugführer ganz darauf vergessen habe, die Reisenden aussteigen zu lassen und seine Dampfpfeife zu gebrauchen, so wie der von Ameisen angefallene Mailänder in der Angst vergiftet, daß er davon fliegen kann, und in Folge dieser Vergessenheit einem schmachvollen Tode erliegt.

Die Unzulänglichkeit der bisherigen Signale wäre im höchsten Grade räthselhaft, wenn man nicht wüßte, daß die Techniker nur dazu verurtheilt sind, von andern des Lesens und Schreibens kundigen Leuten als Werkzeuge gebraucht zu werden, und sich nicht erheben dürfen, einen vernünftigen Vorschlag zu machen, es sei

denn, sie bequemen sich dazu, ihre Idee einem in Gnaden stehenden Protectionskinde abzutreten.

So kommt es, daß der Locomotivführer das vom Bahnwärter gegebene Haltzeichen übersehen kann, weil man diese Zeichen aus Noah's hinterlassenen technischen Archive entlehnte.

Nach dem Unglücksfalle bei Spielfeld habe ich mich erküht, Andeutungen in der Fracturschrift zu geben, in der irrigen Voraussetzung, daß die Bahndirectionen so wie die hohen Behörden die Sache der Mühe werth finden dürfen. „Darob erzürnten die Götter,“ aber weiter nichts!

Aber auf die Gefahr hin, sie noch einmal und zwar noch stärker zu erzürnen, wiederhole ich, daß, was immer für ein Zeichen, welches nur im Fluge wahrgenommen werden soll, nicht ausreicht, weil stürmische Nächte, Schneestöße u. s. w. die Ursache des Uebersehens sein können. Das Radicalmittel ist Lärm. Pölschüsse, Pfeifen, Trompeten, Krach Datsch's-Trommel u. d. l.

Unter allen verdient die Pfeife den Vorzug, denn es dringt ihr Schall durch das Sturmgeheule, wie jeder Seemann weiß; ihr Laut kann bis ins Unglaubliche verstärkt, durch Zugabe einer kleinen sogenannten Schreie nach Belieben in Intervallen schrillend und mittelst eines blechernen Sprachrohres in bestimmter Richtung auf $\frac{1}{2}$ oder ganze Meile Entfernung vernehmbar gemacht werden.

2. Ist sie sehr leicht und bequem anzuwenden, denn wo kein Dampf vorhanden ist, kann eine kleine mit Schwungrad versehene Luftpumpe denselben erzeugen, und die Kraft des Bahnwärters reicht hin, dieselbe in Bewegung zu setzen. Sie ist unempfindlich gegen die Witterung.

3. Kann sie sehr gut als Telegraph dienen, wenn man sich gnädigt dazu herbeilassen wollte, entlang der Eisenbahn eine Gasröhre zu legen, welche nicht Gas, sondern atmosphärische Luft von einem Bahnwärter zum andern treibt. Hat jeder Wächter eine mit der Röhre verbundene solche Pumpe und in seiner Hütte 2 Pfeifen, so kann er von rechts und links Nachrichten empfangen, sowie nach beiden Seiten geben. Die Art der Pfeifenzeichen wird wohl jeder Bootsmann der Bahndirection gegen eine kleine Entschädigung mittheilen.

Was endlich das im Augenblicke der Gefahr unerlässliche Haltzeichen betrifft, so ist dieses höchst einfach und sicher damit zu bewerkstelligen, daß an einer seitwärtigen Federgabel der Locomotive eine Schnur vertical gespannt ist, welche über die Waggonbreite hinausragt und von einem Messer abgeschnitten wird, welches der Bahnwärter an einer entsprechend aufgestellten Säule hervordreht, sobald Halt! geboten werden soll.

Die Schnur wird durchgeschnitten und die Federgabel macht eine Glocke ertönen, die der Maschinist vor der Nase hat, folglich auch hören wird. An der zerschnittenen Schnur hat er ein zweites Zeichen, und werden nebstdem Lichter, Körbe, Fahnen u. c. aufgestellt, gepfeifen und geschossen, so wird doch wohl selbst eine Schildkröte stutzen und so viel Schaulust entwickeln, als die Vermuthung erheischt, daß es hier nicht ganz geheuer sei — denn bekanntermaßen besitzen auch die Schildkröten den Selbsterhaltungstrieb.*

Ein Hauptpunkt ist aber der, daß zwischen zwei Stationen A und B nie mehr als ein Zug sich bewegen soll; gleichviel ob hinter- oder gegeneinander sollen und dürfen nicht zwei Züge auf demselben Geleise fahren, und der Stationschef soll den strengsten Befehl erhalten, keinen zweiten Zug abfahren zu lassen, bevor nicht die Ankunft des vorhergegangenen gemeldet wurde. Verschüttungen, Dammbrüche, Beschädigungen durch Felsstürze und Erdbefestigungen, Achsbrüche, Wassermangel im Kessel (wenn die Speisepumpe versagt) u. dgl. Unfälle können immer Ursache eines gräßlichen Zusammenstoßes sein, und von dem ersten aufwärtsgehenden Zuge können sich Waggons ablösen und zurückrollen, so daß der nach-eilende zu Grunde geht.**

Und nichts ist leichter, als für die Beobachtung dieses Gesetzes zu sorgen. Man darf dem Maschinisten nur die Einsicht in die telegraphirte Fahr correspondenz gestatten, er wird sich auch ohne Befehl darum interessieren. Warum thut man dies nicht? Weil der Maschinist als Handwerksmann, wohl auch als Tagelöhner, der Telegraphist aber als Beamter angesehen wird. Der Maschinist muß auf Befehl blind in den Tod rennen. Die Behörde möge also befehlen, daß die Bahndirection es dulden müsse, daß der Maschinist das Recht habe, der Abfahrt sich zu widersetzen, wenn nicht die beruhigende Zustimmung von der nächsten Station eingelaufen, daß er sicher sei, und die Behörde kann den Maschinisten beauftragen, auch in Eid und Pflicht nehmen, daß er, wo dies nicht eingehalten wird, die Anzeige machen müsse.

Der Betreffende braucht deshalb vor der Entlassung aus dem Dienste keine Furcht zu haben, denn besteht nur einmal das Polizeigesetz und hat die Direction Strafe zu besorgen, so wird der Fall gar nicht vorkommen.

* Ich kenne einen Schlangkopf, der an einem vor dem Fenster hängenden Fuchschwanz die Witterung kennt, weil Staub Trockenheit anzeigt, beim Regen ist derselbe naß und im Winde wackelt er.

** Ich habe gar manche Knappkette gesehen, deren Glieder $\frac{1}{4}$ Theil durchgerieben waren, denn man schmirt nur die Ketten und anderes, die Ketten aber nie.

Jedoch darf die Betriebsdirection nicht auf Kosten der Gesellschaftscaffe mit Geldstrafen belegt werden.

Verpflichtet das Gesetz über die Prüfung der Dampfessel unter andern den Maschinwärter zur Anzeige, wenn er an seinem Kessel Gefahr entdeckt und dem Uebel vom Besitzer nicht abgeholfen wird; muß jeder Maschinist einer theoretischen Prüfung sich unterziehen u. s. w. — können die kleinen Verstöße in der Anwendung von Stempel- oder Briefmarken und andere Sachen von gar keinem Belange mit ganz entsegliger Gewissenhaftigkeit verfolgt werden, so wird doch ein selbst despotisches Einschreiten in so wichtigen, das Familienglück so schrecklich zerstörenden Angelegenheiten gerechtfertigt sein — um so mehr, als man es wiederholt bewiesen hat, daß mit der Vernunft nichts auszurichten ist.

Aber die Gefahr des Zusammenstoßes entsteht nicht nur durch Festsetzen, Begegnen oder Einholen in Folge elementarer Einflüsse; sie kann auch durch die Wechselstellung hervorgerufen werden, wie jeder, der nur wenige Reisen jährlich macht, genugsam erfahren haben wird.

In dieser Frage ist technisches Kenntniß und Erfahrung nothwendig, um die Einrichtung zu würdigen, welche die Stellung der Wechsel im Bureau anzeigt. Es ist nicht genug, daß der Wärter, der den Wechsel zu stellen hat, wisse, für den Zug A rechts, für B links u. c., und daß ihm für einen Separatzug mündliche Ordre gegeben wird. Die Stellung der Wechsel muß in Bureau des Stationschefs sichtbar sein, damit jeder Mißgriff allsogleich entdeckt werde.

Ohne einer etwaigen Eisenbahnpolizei-Vorschrift vorzugreifen zu wollen, erlaube ich mir nur das technische Material dafür in obigen Punkten zu liefern, denn es ist die Hauptsache und ich kann die Bemerkung nicht unterlassen, daß die pünktliche Befolgung der Vorschriften nur durch sachkundige und energische Reiseinspectoren, welche zwar von der Bahn bezahlt werden mögen, jedoch der Regierung verantwortlich sind, erzielt werden kann.

Diese Individuen müssen mit der Machtvollkommenheit ausgestattet werden, augenblicklich Abhilfe zu schaffen, wenn sie irgend Mängel finden, und müssen daher, um augenblicklich helfen zu können, Kenntniß und Erfahrung, wohl auch materielle Fertigkeit in Behandlung und Reparatur aller Apparate besitzen, daher mit solchen, die nur des Lesens und Schreibens kundig sind, nichts gerichtet wäre.*

* Noch heutzutage ist die Prüfung neuer und die Revision gebrauchter Dampfessel einem l. l. Baubeamten zugewiesen, und weil einem solchen Herrn nicht zuzumuthen ist, daß er in einen alten Kessel hineintriede (was der genauen Revision wegen geschehen müßte), so unterbleibt das wichtigere ganz und gar, und nur die hydrostatische Probe neuer Kessel wird nach der Schablone vorgenommen. Daß dieses Verfahren gar keine Garantie in Betreff alter Kessel gewähre, ist für sich klar, für die neuen aber ist es fast überflüssig, denn diese springen nicht. Dieses Geschäft erfordert einen in der Kesselconstruction bewanderten Mechaniker und nicht einen Baubeamten, denn ein in der Naturgeschichte noch so sehr bewandertes Individuum wird im Pferdeanlauf sehr leicht einen Mißgriff machen, weil letzterer eine specielle Sache ist. F. P.

Aus der Delegation des ungar. Reichstages.

Peft, 20. November.

(Zweite Plenarsitzung.)

Präsident: Somfich.

Schriftführer Rajner und Horvath.

Auf der Ministerbank Ihre Excellenzen Freiherr v. Beust und Freiherr v. Becke, dann die Sectionschefs Baron Orczy und Weninger. Von den ungarischen Ministern sind anwesend: Graf Andrássy, Konhah, Horvath, Gorove, Wendheim und Graf Festetics.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verificirt, hierauf die Wahl der Delegirten für Croatien aus dem Unterhause angezeigt. (Eisenrufe.)

Somfich begrüßt die neuereitenden Mitglieder in einer warmen Rede; er wünscht, daß der neugethünfte Bund zwischen Ungarn und Croatien dauernd und glücklich sein werde, daß fernerhin jedes gute oder böse Schicksal die Bruder-Nationen geeinigt finden werde. Auf die Vergangenheit möge ein Schleier geworfen und nur die Lehre aus ihr gezogen werden, daß die Uneinigkeit beide Theile schwächt und den gemeinsamen Feinden als leichte Beute preisgibt.

Die croatischen Delegirten werden sofort den vier Sectionen für Krieg, Marine, Finanzen und Aeußeres zugetheilt.

Hierauf überreicht Graf Anton Mailath als Präsident der Section für Aeußeres das Referat dieser Section.

Jedeny stellt folgende Interpellation an den gemeinsamen Herrn Minister des Aeußeren:

„Mit Beruhigung vernahmen wir aus den uns mitgetheilten diplomatischen Correspondenzen, daß der Minister des Aeußeren bei jeder Gelegenheit seinen Einfluß im Interesse des Friedens und zur Begleichung vorkommender Schwierigkeiten geltend zu machen sich bestrebt und den in den vereinigten Donau-Fürstenthümern auftauchenden Erscheinungen und den Ereignissen an unseren dortigen Grenzen mit wachsamem Auge folge.“

Nachdem jedoch einerseits den von Seite des gemeinsamen Herrn Ministers des Aeußeren während der Debatten über das Wehrgesetz — im Kreise des österreichischen Reichsrathes — dargelegten eigenen Ansichten, trotz dessen Circularnote vom 30. October d. J., von

mehreren Seiten noch immer ein kriegerischer, also ein solcher Sinn beigelegt wird, als ob das gemeinsame Ministerium des Aeußern von jener Politik nicht ganz durchdrungen wäre, welche die Lage der österreichisch-ungarischen Monarchie auch unserer Ansicht nach dringend erheischt, nämlich daß ihr Schwerpunkt in der im Vollzug begriffenen inneren Organisation liege und der Erfüllung dieser Hauptaufgabe sich nur in dem Falle mehr entziehen müßte, wenn dies eine ernste Bedrohung der Interessen der Monarchie unabwieslich fordern würde;

nachdem andererseits die Regierung der Donau-Fürstenthümer unter dem Vorwande, daß die österreichisch-ungarische Monarchie Eroberungspläne dem Orient gegenüber hegt, forwährend und in gesteigertem Maße Waffen ansammelt, in den Regierungsblättern dabei und durch ihre Organe Haß gegen unsere Monarchie einzufloßen sich bemüht, stellen wir achtungsvoll die Frage an dem gemeinsamen Herrn Minister des Aeußern: ob und welche Schritte eingeleitet wurden, um den Einfluß unserer Monarchie zur Hintanhaltung jener den Frieden bedrohenden und in Anbetracht der vertragsmäßigen Stellung der Donau-Fürstenthümer nach zwei Richtungen hin feindseligen Ausschreitungen und Bemühungen geltend zu machen — und welche Stellung überhaupt der Herr Minister den allfällig eintreffenden Ereignissen gegenüber einzunehmen gesonnen sei.

Eduard Tschedenyi, Graf Wolfgang Bethlen, Ludwig Horváth, Stephan Bittó.

Die Interpellation wird dem gemeinsamen Minister für Aeußeres zugestellt werden.

Graf Szécsen fragt, bei welcher Gelegenheit das Rothbuch discutirt werden solle.

Der Präsident antwortet, daß dies dem Ermessen der Mitglieder anheimgestellt bleiben müsse.

Schließlich wird zur Wahl eines dritten Schriftführers geschritten und nach Abgabe der Stimmzettel die Sitzung geschlossen.

Oesterreich.

Wien, 24. November. (Delegation.) In der gestern von 6 bis 10 Uhr Abends abgehaltenen Subcomité-Sitzung des Wehrausschusses der Reichsrathsdelegation wurden die Posten 7 und 8 unverändert angenommen; für Post 9 wurden 200.000 fl., für Post 10 drei Millionen bewilligt.

— 24. November. (Fortsetzung der Sitzung des Unterhauses.) Von den croatischen Abgeordneten werden Suhaj, Zubics, Bedekovics und Pejacevics in die Delegation gewählt. Macellariu bringt einen Beschlusßantrag ein, das Haus möge den Gesetzentwurf über die Regelung der Union mit Siebenbürgen verwerfen und im Sinne des Artikels 5 vom Jahre 1848 die Minister beauftragen, behufs definitiver Regelung dieser Frage einen neuen siebenbürgischen Landtag einzuberufen. Dieser Antrag wird in Druck gelegt. Hierauf folgt die Generaldebatte über den Gesetzentwurf bezüglich der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Deak bringt einen von dem Elaborate der Centralsection abweichenden Gesetzentwurf ein. Gegen das Elaborat der Centralsection sprechen Alexander Mocsonyi und Dimitrievics, für dasselbe, respective gegen das Elaborat Deak's sprechen Bartal und Baron Simonyi. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

— 24. November. In der heute Nachmittags abgehaltenen Sitzung des Militärsubcomité der Reichsrathsdelegation wurden für den Titel 11 115.000, für den Titel 13 2.300.000, für den Titel 16 10.010.000, für den Titel 18 180.000 fl. bewilligt und die Titel 12, 14, 15 und 17 unverändert angenommen. Bei Titel 18 wurde beschloffen, daß die für Informationen im Auslande präliminirte Summe von 20.000 fl. aus dem Dispositionsfonds des Ministers des Aeußern bestritten werde. Der diesbezügliche Antrag wird in der morgigen Delegationsitzung gestellt werden.

Triest, 24. November. (Flotte. — Maximilian-Denkmal.) Die Panzerfregatten „Ferdinand Max“, „Kaiser Max“, „Salamander“ und das Kanonenboot „Velebit“ sind heute hier eingetroffen. — Das Comité für das Maximilian-Denkmal beschloß, vom Stadtrathe die Erlaubniß zur Errichtung desselben auf der Piazza Giuseppe zu erbitten.

Rusland.

Berlin, 24. November (Abgeordnetenhaus.) Dem Vernehmen nach soll von den conservativen Mitgliedern der Sequestrationscommission der Antrag vorbereitet werden, von dem sequestrirten Vermögen des Königs Georg 400.000 Thaler als geheimen Fond zur Bekämpfung der welschen Agitationen auszuweisen. Das Abgeordnetenhaus genehmigte den Etat des Handelsministers.

— 24. November. (Preussische Kriegsdrohungen.) Die „Kreuz-Zeitung“ anknüpfend an den Passus im Rothbuche über Nord-Schleswig, wonach bei längerem Offenbleiben dieser Frage der Krieg in Aussicht gestellt wird (?), bemerkt: „Wir wissen nicht, wie weit Freiherr v. Bismarck durch eine andere Macht berechtigt ist, eine derartige Sprache zu führen, dessen möge man in Wien und überall gewiß sein, daß ein durch

das Festhalten Preußens von Düppel und Alsen hervorgerufener Krieg in Nord-Deutschland dieselbe Aufbietung der Staats- und Volkskraft hervorrufen würde wie die im Jahre 1813 und 1815. Auch in Süd-Deutschland, glauben wir, würde ein solcher Krieg das Nationalgefühl entflammen. Nicht Preußen provocirt zum Kriege, sondern der würde es thun, welcher uns zur Herausgabe unseres rechtmäßigen Eigenthums, zur bedingungslosen Preisgebung der deutschen Nationalität zwingen würde.“

Florenz, 24. November. (Der Finanzminister) hat der Deputirtenkammer, welche heute ihre Sitzungen wieder aufnahm, einen Anhang zum Budget für das Jahr 1869 vorgelegt. Dasselbe zieht folgende Schlüsse: Die Gesamteinnahmen beziffern sich auf 929.560,522, die Gesamtausgaben auf 1011.337,108, somit erscheine das Defizit auf 81.776,585 L. reducirt. Diesen Zahlen müsse man noch jene Summen hinzufügen, welche der Minister von der Convertirung der Kirchengüter erwartet, und könne man somit berechnen, daß für die Mittel zur Deckung des erwähnten Defizites per 81 Millionen bis auf 11 Millionen vorgezogen sei.

Paris, 24. November. (Preßproceß.) Die Geranten der Journale „Tribune“, „Avenir National“, „Reveil“ und „Journal de Paris“ wurden wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung gegen die Regierung für nächsten Freitag vor das Gericht geladen.

London, 24. November. (Wahleresultate. — Die Alabama-Angelegenheit.) Bei den gestrigen Wahlen wurden 25 Conservative und 15 Liberale gewählt. Dadurch beträgt der bisherige Gewinn der Liberalen gegen die vorige Session nur 30 Stimmen. — Der „Morning-Post“ zufolge haben Lord Stanley und der Gesandte der Vereinigten Staaten das Protokoll über die Alabama-Angelegenheit unterzeichnet. Der Schiedsspruch der fremden Souveraine über die Verpflichtung zu einer Entschädigung soll nur im Falle einer Stimmengleichheit in der gemischten Commission angerufen werden.

Tagesneuigkeiten.

Das Leichenbegängniß des Bürgermeisters Zelinka.

Das Leichenbegängniß des Bürgermeisters Zelinka gestaltete sich zu einer Trauerdemonstration. In den Straßen, die das Trauergelände durchzog, waren alle Läden geschlossen, von vielen Häusern wehten schwarze Fahnen, die und da auch von den Balconen schwarze Tücher, die Gasflammen waren überall angezündet. Alle Fahnen und Standarten der Vereine und Genossenschaften, die an dem Begräbniß theilnahmen, waren mit Fäden und andern Traueremblemen behangen. Der Sarg selbst war mit prachtvollen Kränzen, von denen allen reiche Seidenbänder mit den betreffenden Widmungen herabhingen, sowie mit Palmzweigen ganz überdeckt. Dem Trauercortège hatte sich auch eine wohl über hundert Personen zählende Schaar von Stabs- und Oberofficieren der Wiener Garnison angeschlossen.

Trotzdem die Straßen von einer unabsehbaren Menschenmenge bedeckt waren, fiel doch nicht die geringste Unordnung vor und es konnte sich der Zug leicht fortbewegen, ohne daß durch Polizei oder andere Aufsichtsorgane Spalier gemacht wurde. Der Stefansdom war ganz schwarz drapiert und reich beleuchtet. Beim Eintreffen der Leiche in der Kirche wurde ein Trauerchoral geblasen, vor der Einsegnung sang der Wiener Männergesangsverein vereint mit dem akademischen Gesangsverein das Libera von Herbeck, nach der geistlichen Ceremonie der Sängerbund einen deutschen Trauerchor von Suppé.

Wohl an hundert Wagen führten die Trauernden zu dem Hundstürmer Kirchhofe, wo unter Abzingen von Trauerchören der Sarg in die Gruft an der Seite seiner im vorigen Herbst dort begrabenen Frau beigelegt wurde. Der Vicebürgermeister Dr. Newald hielt am Grabe folgende Rede:

Mitbürger, Genossen! Wir haben der Erde die irdische Hülle eines Mannes anvertraut, der zu den Besten zählt, die je an der Spitze eines großen Gemeinewesens standen. Wir beweinen in ihm einen der reinsten Träger der Idee der Menschenliebe, Güte und Milde. Wir bedauern in ihm den Rechtsfreund im edelsten Sinne des Wortes, den Schützer der Witwen und Waisen, den wahren Christen, den lebenswürdigen Genossen und Freund. Wir betrauern in ihm den unermüdlichen Verfechter der Rechte und Interessen seiner Mitbürger in der Vertretung der Stadt, des Landes, des Reiches, vor allem aber den wahren Vater der Stadt, — den Mann, der in ernsten und heiteren Tagen dem Worte zu leihen verstand, was Tausende, was Millionen empfanden! — dem Mann, der durch die reinste und aufopferndste Pflichttreue, durch die hingebendste Liebe zu seinem Monarchen und zum Vaterlande sich auszeichnete, der stets und überall den echten Mannesmuth der Wahrheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit eines getreuen Bürgermeisters bethätigt hat. Leicht sei ihm die Erde und leicht kann sie ihm sein, denn keinen Feind läßt er zurück, er, der es stets verstand, selbst den Gegner sich zum Freunde zu machen. Uns aber, die wir mit schweren Herzen von diesem theuren Grabe schreiten — uns sei der Verbliebene ein leuchtendes Vorbild und sein Gedächtniß eine stete Mahnung, wie er einzustehen, milde und fest, ge-

recht und entschieden, beharrlich und treu für Freiheit, Recht und Menschlichkeit, für das Wohl unserer theueren Vaterstadt, für echten Bürgerthum, auf daß die mannigfachen Reime der Bildung und Gerechtigkeit, des Wohlstandes und Wohlbefindens, die unter ihm dem heimischen Boden anvertraut wurden, gedeihen und sich entfalten, zum Heile der Stadt, des Landes und des Reiches und zum bleibenden Andenken an Wien's getreuen Bürgermeister: Andreas Zelinka. Friede seiner Asche!

Ein Exceß im Straßhause zu Gradiſca.

Abermals wird der „Görzer Btg.“ über einen großen Exceß, der im genannten Straßhause vorfiel, berichtet. Der Sachverhalt ist folgender: Am 18. d. lief einer der Sträflinge dem an der Seite gegen den Jongo aufgestellten Posten durch längere Zeit ununterbrochen die größten Schimpfworte zu, sich Verwünschungen gegen die Ungarn und das Militär aus, bis dem heißblütigen Postasohn die Geduld riß, und er, um den Schmäher zu vertreiben, einen Schreckschuß abfeuerte, der jedoch zufällig den Sträfling traf und verwundete. Das brachte große Aufregung unter den Gefangenen hervor. Am nächsten Tage, den 19. November, war der Jahrestag der Aufhebung der Kettenstrafe für die österreichischen Gefangenen. Diesen Tag wollten die Sträflinge feiern, da sie sich jedoch das ganze Jahr über sehr renitent und unanständig betragen hatten, so erlaubte ihnen dies der Herr Straßhausadjunct nicht. Darauf brach ein allgemeiner Aufruhr der Zwänglinge los, sie verweigerten, 300 an der Zahl, die Arbeit und wollten weder zum Kochen noch zum Heizen der Locale erscheinen. Man ließ den Grundloß wölten: „Wenn ihr nicht kocht, werdet ihr auch nicht essen.“ So fasteten sie den ersten und auch den zweiten Tag, indem sie, als Mittags den Kranken das Essen, das man von aufgenommenen Leuten herrichten ließ, gebracht wurde, einen fürchterlichen Lärm schlugen, daß ganz Gradiſca allarmirt war. Am Abend des 20. November conferirte der Herr Straßhausadjunct mit dem Herrn Bezirkshauptmann und dem Militärcommandanten Herrn Hauptmann Gruber und man beschloß am Morgen des 21ten November diesem Unfug ein Ende zu machen und die Sträflinge mit Gewalt zu ihrer Pflicht zu führen. Obwohl ein Telegramm aus Triest anordnete, man möge dies unterlassen, und fremde Personen zum Kochen aufnehmen, war doch der Bezirkshauptmann gezwungen, bei dem ersten Beschlusse zu bleiben, da der Straßhausadjunct erklärte, in diesem Falle augenblicklich seine Stelle zu verlassen, und auch der Commandirende entschieden seine weitere Intervention verweigerte, da ja dann an eine Dämpfung des Aufstandes nicht zu denken sei. So drang Herr Hauptmann Gruber am 21. d. früh an der Spitze einer Compagnie in die Säle ein, trieb die zur Arbeit bestimmten Sträflinge an ihre Plätze und bemächtigte sich der Rädelstührer. Gegenwärtig ist die Ruhe im Straßhause wieder hergestellt.

Nachträglich zu den Vorfällen im Straßhause berichtet die „G. Btg.“ von einem anderen blutigen Excesse, der am 23. Nacht in jener Stadt vorfiel: Im Theater wurde gestern ein glänzender Ball abgehalten, auf welchem sich zwei Individuen aus unserem Orte und ein Gast aus Görz besonders excessiv benahmen, und, vom Weine erhibt, allerlei Stänkereien angingen. Als sie das Theater verließen, wurden sie von zwei Gendarmen angehalten, die ihnen Ruhe geboten und sie nach Hause wiesen. Auf dieses versetzte einer der Excedenten dem ersten Gendarmen einen so heftigen Schlag auf die Brust, daß dieser zusammenstürzte, worauf die beiden Gradiſcaner die Flucht ergriffen. Der Görzer, ein ungewöhnlich großer und starker Mann, ergriff das Gewehr des zweiten Gendarmen und wollte es, trotz des wiederholten Rufes nicht loslassen, sondern es seinem Eigenthümer entreißen. Der Gendarme zog daher seinen Säbel und schlug den Angreifer so heftig über die Hand, daß er ihm die Pulsader durchschnitt. Die Wunde blutete heftig und wollte sich gar nicht stillen lassen, der Versuch, dieselbe zuzunähen, mißlang, endlich wurde dieselbe nothdürftig verbunden und der Excedent in das Spital der barmherzigen Brüder in Görz escortirt. Eine breite Blutspur zog sich vom Theater bis zum Stadtbrunnen, vor welchem noch heute Morgens eine große Blutlache sich befand.

Generalversammlung der k. k. Landwirthschaftsgesellschaft für Krain am 24. November.

(Schluß.)

Der Antrag wird angenommen, nachdem Dr. Bleiweis erläutert, daß dabei hauptsächlich auf Seeländer Schafe Rücksicht genommen sei.

Schollmayer referirt über Maßregeln zum Schutze der Singvögel. Indem er ziffermäßige Daten über die Insectenvergiftung durch Singvögel gibt und deren Wichtigkeit im Haushalte der Natur hervorhebt, beantragt er: 1) Verwendung an den Landesausschuß behufs Erlassung eines Landesgesetzes zum Schutze der Singvögel; 2) Belehrung durch die Volksschule. Auch einen bezüglichlichen Gesetzentwurf hat der Berichterstatter bereits verfaßt. Herr Landespräsident erinnert, daß der Gegenstand in den Wirkungskreis der Gemeinden gehöre, welche berufen sind, die landwirthschaftliche Production zu schützen, die Regierung werde der von der Gesellschaft ausgedrückten Absicht durch Belehrung der Gemeinden über ihre diesfällige Aufgabe bereitwillig entgegenkommen. Dr. Bleiweis deutet mit Hinblick

